

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 0886 846 pbbn d

## Inhalt

37. Jahrgang / 194

12. Oktober 1982

Hans Böhler MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion, zu den Perspektiven der Deutschlandpolitik.  
Seite 1-3

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, kommentiert als bayerischer Parlamentarier die Landtagswahlen.  
Seite 4

Klaus Kübler MdB, stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, verlangt von den FDP-Ministern, durch ihren Rücktritt den Weg zu Neuwahlen zu öffnen.  
Seite 5/6

Ruth Zutt MdB fordert die Bundesregierung auf, den PLG-Vorsitzenden Yassir Arafat nach Bonn einzuladen.  
Seite 7

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Bundesregierung darf ihre Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas nicht der US-Linie anpassen. Seite 8

### Deutsch-Deutsch

#### Union droht Geist der Verträge zu ersticken

Von Hans Böhler MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und FDP zum Stichwort Deutschlandpolitik müssen auf dem Hintergrund der Ablehnung der Ostverträge und insbesondere des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durch die CDU/CSU gesehen werden. Der Geist, aus dem die Ablehnung der Ostverträge geboren wurde, droht die zukünftige Deutschlandpolitik des CDU-Ministers Dr. Rainer Barzel auch dann zu bestimmen, wenn die bereits geschlossenen Verträge eingehalten werden. Diese Verträge drohen nicht gebrochen, wohl aber ihr Geist erstickt zu werden.

Wenn es nach dem Willen der CDU/CSU gegangen wäre, dann wäre der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht abgeschlossen worden. Dann hätten wir aber auch für nachfolgende Vereinbarungen keinen Vertragspartner mehr gefunden.

Um sich vorstellen zu können, welche Konsequenzen eine CDU-geprägte Deutschlandpolitik in Zukunft haben könnte, ist es sinnvoll, sich in Erinnerung zu rufen, was sich im deutsch-deutschen Verhältnis anders entwickelt hätte, wenn die CDU bereits in der Vergangenheit die Leitlinien deutscher Regierungspolitik hätte bestimmen können:

- Es hätte keine Festlegung der Transitpauschale (am 19. Dezember 1975) gegeben; der Transitverkehr wäre auf den Stand vor 1970 auf unter vier Millionen gesunken und hätte 1981 nicht den Stand von rund 20 Millionen Transitreisenden erreicht;



- das Gesundheitsabkommen wäre nicht in Kraft getreten (am 1. Januar 1976);
- eine Reihe von Vereinbarungen aus der Tätigkeit der gemeinsamen Grenzkommission wären nicht abgeschlossen worden; Trinkwasserversorgungsanlage Duderstadt, Braunkohleabbau Helmstedt/Harbke, Eckertalsperre und Fernwasserleitung, Hochwasserrückhaltebecken an Itz und anderes;
- das Post- und Fernmeldeabkommen (30. März 1976) und andere Postvereinbarungen wären nicht zustande gekommen; die bestehenden Verbindungen wären sicher beeinträchtigt: Zur Zeit bestehen 1.181 Telefonleitungen, davon 573 zwischen Berlin (West) und der DDR und Berlin (Ost), in diesem Jahr werden es 1.421 Leitungen sein, jährlich werden mehr als 23 Millionen Gespräche in die DDR geschaltet; Telefongespräche von Berlin (West) aus werden zu 98 Prozent und vom Bundesgebiet aus zu 87 Prozent im Selbstwähldienst geschaltet;
- ganz sicher hätte die DDR-Regierung den vielen Vereinbarungen über die Verbesserung des Transit- und Reiseverkehrs wie dem Ausbau der Grenzübergangsstellen (22. Dezember 1977) oder die Erweiterung des grenznahen Verkehrs (15. Dezember 1978), den Bau der Nordautobahn, der Reparatur der Transitwasserstraßen (16. November 1978), der Umgestaltung der Eisenbahnanlagen im Süden von Berlin (West) am 6. März 1979 nicht zugestimmt.

Als die DDR am 5. November 1973 die hundertprozentige Erhöhung des Mindestumtausches verfügte, rief die Opposition sofort nach harten Sanktionen. Die Bundesregierung war darauf nicht eingegangen. Ihrem besonnenen Verhalten war es zu verdanken, daß die DDR die Erhöhung um zwei Drittel zurücknahm und die Rentner vom Mindestumtausch befreite.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte am 24. November 1980 in seiner Regierungserklärung die Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung betont, "dabei den Gesamtzusammenhang unserer Beziehungen zu berücksichtigen".

Die Opposition dagegen rief nach Sanktionen, nach der Stornierung des innerdeutschen Handels, nach der Streichung des Swings. Abgesehen davon, daß Sanktionen nichts weiter sind als das Eingeständnis für politisches Versagen, gibt es keine Beispiele dafür, daß die Politik der Sanktionen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR je erfolgreich gewesen wäre.

Wäre die sozialliberale Koalition der Sanktionspolitik von CDU/CSU gefolgt, dann hätten wir auch folgende Vereinbarungen mit der DDR nicht gehabt:

- Protokoll über die Vereinbarung einer Pauschalabgeltung von Straßenbenützungsgebühren für Personenkraftfahrzeuge vom 31. Oktober 1977
- Abkommen über die Befreiung von Straßenfahrzeugen von Steuern und Gebühren vom 31. Oktober 1979
- Abkommen auf dem Gebiet des Veterinärwesens vom 31. Dezember 1979
- Vereinbarungen über die Fortleitung und Behandlung von Abwasser aus Berlin (West) vom 13. März 1980
- Vereinbarungen zur Verbesserung des Berlin-Verkehrs: Neu- beziehungsweise Ausbau von Autobahnteilstücken für eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen Berlin



und der Grenze bei Herleshausen; Baumaßnahmen am Mittellandkanal im Interesse des Schiffstransitverkehrs von und nach Berlin; Baumaßnahmen an den Eisenbahnverbindungen zwischen Berlin und Helmstedt-Marienborn zur Gewährleistung des durchgängigen zweigleisigen Betriebs vom 30. April 1980. Die meisten davon im Interesse der Berliner.

Auch hätten wir nicht mehr die Fach- und Expertengespräche, die seit 1978 aufgenommenen Gespräche der Ressortminister oder die regelmäßigen Tagungen der Transit-, der Verkehrs- und der Grenzkommission.

Sicher wäre es auch dann nicht zu Begegnungen zwischen dem Bundeskanzler und Herrn Honecker in Helsinki und in Belgrad und am Werbellinsee gekommen.

In sturer Regelmäßigkeit verlangten CDU und CSU die Einstellungen der Zahlungen an die DDR. Was wären die praktischen Folgen eines solchen Vertragsbruchs gewesen?

- keine Transitpauschale (525 Millionen Mark) keine freier Transit
  - keine Straßenbenutzungsgebührenpauschale (50 Millionen Mark), Zahlungen aus der eigenen Tasche
  - keine Kostenbeteiligung an der Verbesserung des Straßenverkehrs von und nach Berlin (West) (347,1 Millionen Mark), dann keine Reiseerleichterungen
  - keine Kostenbeteiligung an der Verbesserung des Transitschiffverkehrs (45 Millionen Mark), dann keine Erleichterung für die Wirtschaft (das trifft auch den Teltow-Kanal mit 17,5 Millionen Mark und die Eisenbahnbaumaßnahmen mit 45 Millionen Mark)
  - keine Visagebührenerstattung (6,7 Millionen Mark), dann Zahlungen aus eigener Tasche
  - keine Einreisegenehmigungsgebühren-Abrechnung (12 Millionen Mark, dann Zahlungen aus eigener Tasche)
  - oder: Was wären die Folgen, wenn die Zahlungen eingestellt würden für die Abnahme von Schutt und Müll (24,3 Millionen) von Abfallstoffen (26,7 Millionen Mark) von Abwässern (21,7 Millionen Mark) oder für die Unterhaltskosten von U-Bahnstrecken, die durch Berlin (Ost) führen (4,2 Millionen Mark)
  - oder: Die Postpauschalen (85 Millionen Mark für Mehrleistungen im Postverkehr (8,3 Millionen Mark)
  - keine Zahlungen für den Fernsprechverkehr (3,2 Millionen Mark). Keine Leistungen der DDR, kein millionenfacher Telefonverkehr mit den Bürgern in der DDR.
- (-/12.10.1982/bgy/rs)

+ + +



Stimmzettel als Denkmittel  
-----

## Zur Bedeutung der bayerischen Landtagswahlen

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern steht ohne Zweifel ebenfalls - wie in Hessen - unter dem Einfluß der Bonner Ereignisse. Dies gilt zunächst einmal für die FDP. Sie hat den "politischen Verrat" in Bonn und den Kanzlersturz mit ihrer demonstrativen Abwahl aus dem Maximilianeum bezahlen müssen. Innerhalb kurzer Zeit hat damit Genscher vom Wähler zweimal ein unübersehbares Warn- und Stoppsignal für seinen skandalösen Wechselstil und die politische Wende vom sozialliberalen Bündnis zurück in die Vergangenheit erhalten. Der FDP-Vorsitzende und seine Wechselkursanhänger, die jetzt krampfhaft die Schuld für ihre Wahlkatastrophe bei der SPD und ihrem Wahlkampfstil suchen, sollten endlich begreifen, daß auch der bayerische Wähler seinen Stimmzettel zum Denkmittel gegen die FDP und ihren neuen Kurs in Bonn gemacht hat.

Die CSU hat sich erwartungsgemäß mit geringen Verlusten behauptet. Aber aus dem zunächst einmal insgeheim erwarteten oder befürchteten erneuten Sprung weit über die 60 Prozent-Marke, ist letzten Endes doch nichts geworden. Auch wenn es am glasklaren Sieg der CSU in Bayern nichts zu rütteln gibt - daraus nun eine strahlende Bestätigung der neuen Koalition in Bonn ableiten zu wollen - das wäre eine grobe Verfälschung beziehungsweise Fehlinterpretation dieses Wahlergebnisses. Für uns Sozialdemokraten selbst ist das Wahlergebnis vom Sonntag insofern positiv zu werten, als die ursprünglich befürchtete erneute Talfahrt nicht nur gestoppt sondern sogar erstmals seit langem wieder ein leichter Stimmenzuwachs bei einer Landtagswahl erzielt werden konnte. Hier haben sich ohne Zweifel die Bonner Ereignisse zu unseren Gunsten niedergeschlagen. Es gelang, eigene Mitglieder neu zu aktivieren, traditionelle SPD-Wähler zu mobilisieren und sozialliberale Wähler zurückzugewinnen. Wie insbesondere das Beispiel München zeigt. Aber nur wenn es gelingt, das in den letzten Wochen gezeigte hohe Maß an Geschlossenheit und Solidarität in der Partei über den Wahltag hinaus zu bewahren und weiter zu stabilisieren, wird dieser positive Trend für die SPD in Bayern und im Bund erhalten bleiben.

Ein neuer "Genosse Trend" wird uns nicht geschenkt. Er muß politisch verdient werden. Dies heißt im Klartext: Politische Geschlossenheit der Partei hinter Helmut Schmidt und dem von ihm präsentierten Zwölf-Punkte-Programm. Vor diesem Hintergrund sollte die Diskussion auf bayerischer Ebene über die Effektivität der Wahlwerbung und anderer Fragen mit Augenmaß, menschlicher Fairneß und größter Selbstdisziplin geführt werden.

Das Wahlergebnis für die Grünen zeigt einmal mehr, daß auch hier die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Nach dem Dämpfer für die Grünen in Hessen - gemessen an ihren Erwartungen - ist das Scheitern in Bayern an der Fünf-Prozent-Grenze nicht nur ein Beweis dafür, daß in Bayern die Uhren anders gehen. Erfreulich ist vielmehr die Chance für die SPD, durch offensives Vermitteln ihrer umweltpolitischen Leistungen und Vorstellungen, die grüne Herausforderung erfolgreich zu bestehen.

Das Wahlergebnis in Bayern ist insgesamt gesehen kein Grund für Euphorie. Wir haben es aber in der Hand, sowohl bundes- wie landespolitisch gesehen, daraus etwas zu machen und die kommenden politischen Bewährungsproben gut zu bestehen. (-/12.10.1982/ks/rs)

+ + +



Zur Neuwahlen-Diskussion  
-----

FDP-Minister sollen Weg durch Rücktritt frei machen

Von Klaus Kübler MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß  
für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

In der Bonner Runde am Sonntagabend unmittelbar nach der bayerischen Landtagswahl erklärten FDP-Vorsitzender Genscher und CDU-Vorsitzender Kohl, der dabei ausdrücklich betonte, auch als Bundeskanzler zu sprechen, daß sie als Wahltermin für Bundestagsneuwahlen den 6. März 1983 vorsehen würden. Interessant dabei war, daß sich Genscher vordrängte und vor Kohl das Wort nahm und Kohl sich das Wort nehmen ließ, obwohl er als erster dazu befragt wurde.

Zimmermann, für Wahlfragen zuständiger Bundesinnenminister, sagte dagegen am gleichen Wahlabend, er habe sich auf keinen Wahltermin festgelegt. Im übrigen habe er einen Prüfungsauftrag an sein Haus erteilt, und er werde das Ergebnis des Prüfungsauftrages im engen Einvernehmen mit dem letztlich dafür zuständigen Bundespräsidenten besprechen müssen. Der Bundespräsident befindet sich aber unerreichbar bis Ende dieser Woche in der fernen Volksrepublik China.

Trotzdem - so Kohl - will die neue Bundesregierung, und ihr gehört ja auch Zimmermann an, dessen Aussage zum Wahltermin sich in keiner Weise mit der von Genscher und Kohl deckt, im Rahmen ihrer Regierungserklärung am Mittwoch dieser Woche, dem 13. Oktober 1982, den Wahltermin bekanntgeben. Baut Kohl seinen Schwierigkeiten schon jetzt vor, indem er nur noch von einer für ihn bestehenden persönlichen Verpflichtung spricht? Es reicht natürlich eine "persönliche Verpflichtung" von Kohl zu diesem wichtigen Thema nicht aus. In einer Regierungserklärung müssen allgemein verbindliche und verfassungsmäßig abgesicherte Erklärungen zu einem Neuwahltermin abgegeben werden, nicht möglicherweise zwar gutgemeinte, aber letztlich unverbindliche persönliche Verpflichtungserklärungen. Oder hat der neue Bundeskanzler hier schon eine erste Zusage in Form einer persönlichen Verpflichtung gemacht, deren Tragweite und Auswirkungen er gar nicht übersehen kann, und hat er deshalb die Rechnung ohne den Wirt gemacht? Oder wird dies der neue Regierungsstil, anstelle allgemein verbindlicher und abgesicherter Lösungen persönliche Erklärungen abzugeben, die kaum das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben sind? Wie überhaupt die neue Regierung Appelle, persönliche Erklärungen und Hoffnungsaussagen anstelle konkreter verbindlicher Sachaussagen zu setzen scheint.



Zimmermann hat von drei Möglichkeiten in seinem Wahlsonntagabend-Interview gesprochen. Er meinte wohl die Stellung der Vertrauensfrage durch den Bundeskanzler oder den Rücktritt des Bundeskanzlers oder drittens eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, ein Selbstauflösungsrecht des Deutschen Bundestags vorzusehen. Die beiden ersten Alternativen, das Stellen der Vertrauensfrage oder der Rücktritt des Bundeskanzlers Kohl, würde das Herbeiführen von vorgegebenen Scheinsituationen bedeuten. Das Grundgesetz sieht entsprechende Auflösungsmöglichkeiten des Parlaments aber nur bei echten Situationen vor, nicht bei politischen Scheinsituationen. Also zum Beispiel bei einer politisch echt begründeten Stellung der Vertrauensfrage oder bei einem politisch echt begründeten Kanzlerrücktritt.

Die dritte Möglichkeit, eine Verfassungsänderung durch ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages durchzuführen, nur weil CDU und CSU und FDP nicht die politische Durchsetzungskraft haben, sofort Neuwahlen durchzuführen, ist verfassungspolitisch sehr fragwürdig und wirklich nur als eine ultima ratio denkbar.

Wie sieht es aber mit der FDP aus? Die FDP hat die sofortigen Neuwahlen am meisten gescheut, deshalb war sie auch am stärksten dagegen. Wenn die FDP - wie Genscher sagt - wirklich am 6. März 1983 Neuwahlen will, kann sie das dadurch ermöglichen, daß sie aus der neuen Koalition ausscheidet, indem ihre Minister im Kabinett Kohl zurücktreten und damit den Weg zu Neuwahlen freimachen.

Das wäre eine politisch saubere Lösung, die FDP hätte eine Chance, ihren politischen Makel des kalten Wechsels wieder gut zu machen. Möglicherweise ist der FDP-Parteitag im November der Ort der Entscheidung, diesen Weg zu gehen. Wenn die FDP-Basis stark und solide ist, wird sie diesen Weg durchsetzen. Vielleicht die letzte Chance für die FDP, in absehbarer Zeit wieder politisch mitsprechen zu können.

(-/12.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Euro-arabischer Dialog  
-----

Bundesregierung sollte PLO-Vorsitzenden Arafat einladen

Von Ruth Zutt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Nach dem Besuch des Bonner PLO-Vertreters Franghi beim Auswärtigen Amt sind weitere Schritte der Normalisierung notwendig. In der Konsequenz der Dinge liegt auch ein Besuch von PLO-Chef Yassir Arafat in Bonn. Diese Entwicklung liegt in der Kontinuität deutscher Außenpolitik. Die jetzige Regierung, aber auch künftige Regierungen müßten diesen Weg weitergehen, wenn sie Kontinuität wahren wollten.

Dieser Forderung trägt auch der euro-arabische Parlamentarierdialog, der erst im September stattgefunden hat, Rechnung. Der euro-arabische Dialog wird auf Parlamentarier-Ebene von zwei Organisationen maßgeblich getragen. Das eine ist die Arabische Interparlamentarische Union (AIPU) und auf europäischer Seite die Parlamentarische Vereinigung für euro-arabische Zusammenarbeit (PVEAZ). Diese beiden Organisationen führen Gespräche unter Parlamentariern seit 1974 und in diesem Rahmen hat die diesjährige Konferenz in Bonn stattgefunden, und zwar die dritte.

Turnusgemäß war ein europäischer Staat an der Reihe und man kam überein, dies in Bonn zu tun - sicher auch aus inhaltlichen Gründen, denn die Bundesrepublik ist einmal ein bedeutender Handels- und Wirtschaftspartner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft mit den arabischen Staaten. Auf der anderen Seite ist die Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel manchen arabischen Staaten unverständlich, so daß es notwendig war, auch hier einmal die besonderen Beziehungen deutlich zu machen, aber auch zu sagen, daß diese nicht hinderlich sein können, freundschaftliche Beziehungen zu arabischen Staaten zu pflegen.

Die Diskussion, gerade die politischen Diskussionen, die Atmosphäre waren diesmal überschattet von dem erneuten Einfall Israels im Libanon und den Massakern in palästinensischen Flüchtlingslagern. Meiner Ansicht nach haben die Ereignisse eine besonders klare Stellungnahme auch der deutschen Vertreter erfordert. In dem Schlußkommuniqué der Konferenz wird wörtlich darauf hingewiesen, daß alle Teilnehmer ihrer tiefen Empörung angesichts der Massaker in den Flüchtlingslagern gegen die Palästinenser Ausdruck gegeben haben und daß einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gefordert wurde.

Auf der Konferenz wurde deutlich, daß die arabischen Staaten mit der Gipfelkonferenz in Fes politisch näher zusammengedrückt sind. Sie haben eine viel klarere und auch einheitlichere Position bezogen als bei vorangegangenen Konferenzen, und auch die anwesenden Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation standen alle hinter den acht Punkten der Gipfelkonferenz von Fes. Darüber hinaus war man sich klar, daß die Nahost-Initiative des amerikanischen Präsidenten ein wichtiger Schritt ist, weil jeder Teilnehmer über die Bedeutung der Einflußnahme von amerikanischer Seite auf Israel und den Nahen Osten wußte.

Der offizielle Empfang des PLO-Vertreters durch den ehemaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Peter Corterier, ist ein konkreter Schritt nach der Erklärung von Venedig, nämlich die PLO als Vertreter des palästinensischen Volkes an der Nahost-Regelung zu beteiligen. Dieser Schritt wurde lange vermißt. Meiner Ansicht nach ist er ein erster notwendiger, dem weitere folgen müssen. Es ist in der Konsequenz der Dinge, daß dabei über einen möglichen Besuch von PLO-Chef Yassir Arafat in Bonn gesprochen wurde. Wenn frühere Erklärungen, sowohl der Außenminister der EG, wie spätere, zum Beispiel die Rede des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Parlament nach seiner Reise nach Saudi-Arabien, die Linie deutscher Außenpolitik festlegen, dann müssen die jetzige Regierung, aber auch künftige Regierungen, wenn sie Kontinuität wahren wollen, auf diesem Weg weitergehen.

(-/12.10.1982/hl/rs)

+ + +



**Verzicht auf einen entwicklungspolitischen Radikalenerlaß**

Die Bundesregierung muß den Ländern Mittelamerikas beistehen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen  
beim SPD-Vorstand

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Angesichts der sich verschlechternden Lage in Mittelamerika und in der Karibik fordert die SPD die Bundesregierung auf, sich bei der EG-Ministerratssitzung am 21./22. Oktober für die Verabschiedung des Sonderhilfsprogrammes der EG für diese Region einzusetzen und bei der Verwirklichung den Leitlinien der betreffenden Resolution des Europäischen Parlaments zu folgen. Das zentrale Kriterium für die Vergabe der Sondermittel sollte die innere Reformbereitschaft der einzelnen Länder sein. Die Bundesregierung hat sicherzustellen, daß das Programm zügig und möglichst unbürokratisch durchgeführt und daß es der notleidenden Bevölkerung zugute kommt.

Neben der EG-Hilfe bleiben die bilateralen entwicklungspolitischen Leistungen der Bundesrepublik für diese Region wichtig. Die mutige, fortschrittliche Zentralamerika-Politik des sozialdemokratischen Entwicklungshilfeministers Rainer Offergeld stellte einen Aktivposten in den Nord-Süd-Beziehungen dar. Die Regierungsübernahme in Bonn durch die Rechtsregierung hat bei befreundeten und nahestehenden Organisationen in Zentralamerika Unruhe und Bestürzung ausgelöst. Sie befürchten ein Einschwenken auf den verhängnisvollen Kurs Reagans gegenüber Zentralamerika. Deshalb fordert die SPD:

- Fortsetzung der bisherigen Mittelamerika-Politik, das heißt Unterstützung und Förderung von Reformen, demokratischen Prozessen, Blockfreiheit und Unabhängigkeit;
- keinen Kniefall vor der Reagan-Politik, die selbst in den USA auf wachsenden Widerstand stößt;
- Verzicht auf einen entwicklungspolitischen Radikalenerlaß, zum Beispiel gegenüber Nicaragua.

Neben der konkreten wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit hält die SPD den politischen Dialog mit der Region für wichtig, weil Hilfsmaßnahmen allein nicht ausreichen. Der politische Dialog soll dazu dienen, in den Ländern der Region die Voraussetzung für die Verwirklichung von Reformzielen zu ermitteln oder zu schaffen. Der Dialog sollte auch der Bedeutung der Region als Schnittpunkt der Nord-Süd- und der Ost-West-Problematik Rechnung tragen und von Regierungen, Parteien und Nichtregierungsorganisationen geführt werden. Als Dialogpartner kommen grundsätzlich alle Staaten der Region, einschließlich Kubas, in Betracht. Der Weg des politischen Dialogs bietet sich auch für jene Länder - wie zum Beispiel Guatemala oder El Salvador - an, die wegen der Bürgerkriegssituation oder ihrer starren diktatorischen Herrschaftsform nicht als Partner der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit infrage kommen können.

(-/12.10.1982/ks/ca)

+ + +

